



Internationaler Finanz- und Steuerstandort Schweiz 2021: Nachhaltiger, digitaler und trotz Corona gut aufgestellt

Die internationale Klimakonferenz COP26 in Glasgow im November dieses Jahres hat die Rolle des Finanzsektors bei der Erreichung der Klimaziele weiter ins Zentrum gerückt und geschärft. Der Bundesrat sieht in Sustainable Finance eine grosse Chance für die anhaltende und weiter ausbaubare Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz.

veröffentlicht, darunter einen Mindestsatz bei der Gewinnbesteuerung von 15 Prozent. Die Schweiz stellt in diesem Prozess die Rechtssicherheit und damit die Vermeidung eines Wirrwarrs einzelstaatlicher Sonderregeln zum Nachteil der innovativen Staaten mit kleinem Binnenmarkt ins Zentrum. Der internationale Standortwettbewerb ist neu lanciert. Die



Finanzminister Ueli Maurer präsentiert in Singapur den innovativen Finanzstandort Schweiz

Besonders vielversprechend ist die Verbindung von Nachhaltigkeit mit Innovation in der digitalen Technologie. Am 1. August trat in der Schweiz die international beachtete neue Gesetzgebung zu Blockchain/DLT in Kraft. Zudem präsentierte das neu gegründete Green Fintech Network einen Aktionsplan. Und der Bundesrat schlägt konkrete Empfehlungen und verbindliche Massnahmen zur finanziellen Klimaberichterstattung vor.

Die Ausgangslage für die Schweiz ist gut. Ein international diversifizierter Finanzplatz, die weltweit führende Position in grenzüberschreitender Vermögensverwaltung, eine innovative Startup-Landschaft, das gute Ausbildungsniveau, die hohe Rechtssicherheit und die Präsenz zahlreicher multinationaler Unternehmen gehören dazu.

Die Corona-Pandemie prägte das Wirtschafts- und Finanzgeschehen weiterhin. Die jährliche IWF-Länderprüfung attestierte der Schweizer Wirtschafts- und Finanzpolitik einen guten Umgang mit der Pandemie. Zum sechsten Mal in Folge war die Schweiz 2021 am Finance Track der G20 eingeladen und hat von der indonesischen Präsidentschaft auch für 2022 eine Einladung erhalten.

Im Steuerbereich verändert sich das internationale Umfeld rasch. Das Inclusive Framework der OECD mit 141 Ländern, darunter die Schweiz, hat im Juli und Oktober Eckwerte zur Besteuerung grosser international tätiger Unternehmen

Schweiz ist bereit und tut dies auch kund, zum Beispiel auf der neuen Internetplattform finance.swiss oder an Auftritten wie beim Singapore Fintech Festival oder an der World Expo in Dubai. Singapur und London sind zudem gute Beispiele, wie die Schweiz mit anderen Finanzstandorten, mit denen man in einem gesunden Wettbewerb steht, die Zusammenarbeit und gemeinsame Interessen sucht und verfolgt. Die Bereitschaft zum Wettbewerb gehört zu den Erfolgsrezepten des Wirtschafts- und Finanzstandortes Schweiz.

Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

vertritt die Interessen der Schweiz in Finanz-, Währungs- und Steuerfragen gegenüber Partnerländern und internationalen Gremien. Es engagiert sich für gute Rahmenbedingungen, damit die Schweiz über einen sicheren, wettbewerbsfähigen und weltweit anerkannten Finanz- und Unternehmensstandort verfügt.



Das Jahr 2021 im Überblick

Sustainable Finance

Der Bundesrat will die Schweiz in ihrer Rolle als global führenden Standort für nachhaltige Finanzdienstleistungen stärken. In der Folge hat die Schweiz am 12. Januar 2021 der internationalen Arbeitsgruppe zur Klimaberichterstattung (Task Force on Climate-Related Financial Disclosures, TCFD) ihre offizielle Unterstützung zugesagt und am 18. August 2021 Eckwerte zur künftigen verbindlichen Klimaberichterstattung von grossen Schweizer Unternehmen beschlossen: bis im Sommer 2022 soll das Eidgenössische Finanzdepartement eine Vernehmlassungsvorlage erarbeiten. Am 17. November 2021 empfahl der Bundesrat den Finanzmarktakteuren, mit Hilfe von vergleichbaren und aussagekräftigen Klimaverträglichkeits-Indikatoren Transparenz bei allen Finanzprodukten und Kundenportfolien zu schaffen. Das SIF hat sein Engagement in internationalen Initiativen (z.B. International Platform on Sustainable Finance Coalition) weiter ausgebaut und dabei den Schwerpunkt auf die qualitativ überzeugende Offenlegung von Umweltinformationen und die Internalisierung von Umweltkosten gelegt.



Distributed Ledger Technologie (DLT)

Der Bundesrat will bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Schweiz als führender Standort für DLT-Unternehmen etablieren und weiterentwickeln kann. Am 1. August 2021 sind das entsprechende Bundesgesetz sowie die zugehörige Mantelverordnung in Kraft getreten. Die Vorlage passt das Wertpapierrecht so an, dass Rechte über elektronische Register rechtlich sicher gehandelt werden können. Weiter wird die Aussonderung kryptobasierter Vermögenswerte im Fall eines Konkurses gesetzlich geklärt. Schliesslich entsteht im Finanzmarktinfrastukturgesetz eine neue Bewilligungskategorie für DLT-Handelssysteme und damit ein flexibler Rechtsrahmen für neue Formen von Finanzmarktinfrastrukturen.

Finanzbeziehungen Schweiz – UK

Seit dem 1. Januar 2021 ist das Vereinigte Königreich (UK) nicht mehr Teil der EU. Für die Weiterführung der Finanzbeziehungen Schweiz-UK trat zum selben Zeitpunkt ein bilaterales Direktversicherungsabkommen in Kraft. Zudem vereinbarten die beiden Länder am 27. Januar 2021 Verhandlungen zu einem Abkommen über die gegenseitige Anerkennung im Finanzbereich. Das Abkommen soll den grenzüberschreitenden Marktzugang für Dienstleistungen im Versicherungs-, Banken-,

Asset Management- sowie Finanzmarktinfrastukturbereich ermöglichen. Weiter hat am 3. Februar 2021 das UK die Schweizer Börsenregulierung als gleichwertig anerkannt, worauf die Schweiz die Börsenschutzmassnahme im Verhältnis zum UK deaktiviert hat. Im Steuerbereich erfolgt der automatische Informationsaustausch seit dem 1. Januar 2021 auf einer neuen rechtlichen Grundlage.

Vertiefung der Beziehungen im Ausland

Finanzdialoge und bilaterale Arbeitsbesuche dienen dazu, privilegierte Kontakte mit den in Finanz- und Steuerfragen involvierten Behörden wichtiger Partnerstaaten aufzubauen und zu pflegen sowie den Marktzutritt zu verbessern. 2021 fanden in diesem Rahmen Finanzdialoge mit Indien, Russland und Saudi-Arabien sowie bilaterale Treffen u.a. mit China, Deutschland, der EU-Kommission, Frankreich, Indonesien, Irland, Italien, Schweden, Singapur und UK statt.

Integrität des Finanzplatzes

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an den internationalen Bemühungen gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Sie engagiert sich bei der Erarbeitung internationaler Standards in der Groupe d'Action Financière (GAFI/FATF) und setzt deren Empfehlungen um. Entsprechend hat das Parlament am 19. März 2021 Änderung des Geldwäschereigesetzes verabschiedet, um einige der wichtigsten Empfehlungen der GAFI umzusetzen und das Abwehrdispositiv der Schweiz zur Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu verbessern. Die Revision sieht Massnahmen vor für Finanzintermediäre in den Bereichen wirtschaftliche Berechtigung, Aktualität der Kundendaten und Geldwäschereiverdachtsmeldungen. Zudem fördert sie die Transparenz von Vereinen und verstärkt die Aufsicht und Kontrollen im Bereich der Edelmetalle.

Stabilität des Finanzplatzes

Im Nachgang zur Finanzkrise hat die Schweiz Massnahmen zur Stärkung der Widerstandskraft von Banken umgesetzt. Am 30. September 2021 folgte ein weiterer Schritt, das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) eröffnete die Vernehmlassung zur Änderung der Liquiditätsverordnung. Die Revision soll sicherstellen, dass systemrelevante Banken ausreichend Liquidität halten, um Schocks zu absorbieren und den Bedarf auch für eine Sanierung oder Liquidation zu decken.

Weitere Finanzmarktregulierung

Die Modernisierung der Finanzmarktregulierung schreitet weiter voran: So tritt am 1. Januar 2022 das teilrevidierte Versicherungsvertragsgesetz in Kraft. Wohl 2023 in Kraft treten werden drei weitere Gesetze: Das Bankengesetz mit überarbeiteten Regeln zur Bankensanierung und Einlagensicherung, das Kollektivanlagengesetz mit einer neuen Fondskategorie für qualifizierte Anleger sowie das Versicherungsaufsichtsgesetz mit dem Vorschlag, ein Sanierungsrecht sowie ein kundenschutzbasiertes Regulierungs- und Aufsichtskonzept einzuführen. Zu allen drei Gesetzen befinden sich die Arbeiten zu den entsprechenden Vollzugsverordnungen in vollem Gang; die Vernehmlassungen dazu werden in der ersten Hälfte 2022 eröffnet.

Besteuerung digitalisierte Wirtschaft

Das Inclusive Framework der OECD mit aktuell 141 Mitgliedsländern, darunter die Schweiz, hat am 8. Oktober 2021 die im Juli 2021 veröffentlichten Eckwerte zur künftigen Besteuerung von grossen, international tätigen Unternehmen konkretisiert. Die neuen Regeln sind in zwei Säulen gegliedert und werden grosse, international tätige Unternehmen betreffen: Die Säule 1 sieht eine Verschiebung von Besteuerungsrechten in Marktstaaten vor. Dies soll die rund 100 grössten und profitabelsten Unternehmen umfassen. Die Säule 2 sieht einen Mindeststeuersatz von 15 Prozent für international tätige Unternehmen, die jährlich mindestens 750 Millionen Euro umsetzen vor. Die OECD soll die Details bis Mitte 2022 fortlaufend erarbeiten. Die Schweiz fordert, dass die Interessen kleiner, wirtschaftsstarker Länder berücksichtigt werden. Sie setzt sich für innovations- und wohlfreundliche Regeln ein, die weltweit einheitlich angewendet werden und einem Streitbeilegungsmechanismus unterstehen.

Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)

DBA vermeiden die Doppelbesteuerung. Sie sind ein wichtiges Element zur Förderung internationaler Wirtschaftsaktivitäten. Die Schweiz hat DBA mit mehr als 100 Staaten und baut dieses Netz weiter aus. 2021 wurde ein neues DBA mit Äthiopien unterzeichnet, die neuen DBA mit Bahrain, Brasilien und Saudi-Arabien traten in Kraft. Zudem unterzeichnete die Schweiz Änderungsprotokolle mit Armenien, Japan, und Nordmazedonien. Die Protokolle zur Änderung der DBA mit Liechtenstein, Malta und Zypern sind in Kraft getreten.

G20

Die Gruppe der 20 Industrie- und Schwellenländer ist das massgebliche informelle internationale Forum für die Koordination von Wirtschaftspolitik und Regulierung. Die Schweiz wird seit mehreren Jahren regelmässig zum Finanzsegment (Finance Track) eingeladen, an dem sie sich aktiv an den Diskussionen zu Kernfragen zum globalen Finanz- und Wirtschaftssystem einbringen kann. Die G20-Präsidentschaft Italiens 2021 stand ganz im Zeichen der globalen Koordination bei der Bewältigung der Pandemie und der Notwendigkeit einer längerfristigen Perspektive für eine nachhaltige Erholung. 2022 wird Indonesien die G20 präsidieren und hat die Schweiz wiederum zu allen Arbeiten des G20 Finance Track eingeladen.



Internationaler Währungsfonds (IWF)

Hauptaufgabe des IWF ist die Gewährleistung der Stabilität des globalen Finanz- und Währungssystems. Als Teil der Massnahmen zur Bewältigung der Konsequenzen der Covid-19-Pandemie hat der IWF seinen Mitgliedern zusätzliche Währungsreserven in Form von Sonderziehungsrechten in der Höhe von insgesamt 650 Milliarden US-Dollars zugeteilt. Die

Schweiz hat für Kredite aus dem IWF-Treuhandfonds zugunsten der ärmeren Länder einen Beitrag von CHF 50 Mio an die Zinsverbilligung in Aussicht gestellt. Ferner hat der Bundesrat die Botschaft für einen Bundesbeschluss zur Weiterführung der internationalen Währungshilfe ab 2023 für weitere fünf Jahre an das Parlament überwiesen.



Financial Stability Board (FSB)

Das FSB koordiniert die Schaffung und Umsetzung von internationalen Standards zur Finanzmarktregulierung. Die Arbeiten des FSB standen auch 2021 unter dem Eindruck der COVID-19 Pandemie. Die entschlossene Antwort der Mitglieder auf die Herausforderungen der Pandemie konnte das internationale Finanzsystem stabilisieren und negative Konsequenzen für die Realwirtschaft limitieren. Strukturelle Herausforderungen liegen im Nichtbanken-Sektor, der Digitalisierung (Cybersicherheit, Krypto-Assets und Stablecoins), sowie den Risiken aus dem Klimawandel. Die Schweiz setzt sich im FSB ein für international koordinierte Standards (level playing field) und eine proportionale Umsetzung derselben.

Informationsaustausch zu Steuerzwecken

Die Schweiz setzt sich gegen Steuerhinterziehung und Gewinnverschiebungen ein und setzt die entsprechenden Standards um. Seit 2017 tauscht die Schweiz automatisch Informationen über Finanzkonten mit Partnerstaaten aus (AIA). 2021 versandte die Schweiz Daten zu rund 3,3 Millionen Finanzkonten an 96 Staaten und erhielt Daten zu 2,1 Millionen Finanzkonten. Am 3. Dezember 2021 hat der Bundesrat zudem die Vernehmlassung zur Einführung des AIA mit zwölf weiteren Staaten und Territorien eröffnet. Das Inkrafttreten ist per 1. Januar 2023 vorgesehen, ein erster Datenaustausch soll 2024 erfolgen. Daneben wurden gemäss Prüfbericht 2021 (Kalenderjahr 2020) rund 750 Mal Informationen über Steuervorbescheide (Rulings) spontan ausgetauscht. Die Empfehlungen der OECD konnten im Vergleich zum Vorjahr auf zwei reduziert werden. Und es können mit 81 Partnerstaaten länderbezogene Berichte von multinationalen Unternehmen (Country-by-Country Reporting) ausgetauscht werden. Die OECD hat der Schweiz erneut eine standardkonforme Umsetzung des Country-by-Country Reporting attestiert.

Verständigungsverfahren

Wenn trotz DBA eine Doppelbesteuerung eintritt oder droht, können in der Schweiz ansässige Steuerpflichtige beim SIF ein Verständigungsverfahren beantragen. Die meisten Verfahren betreffen europäische Staaten. Im Referenzjahr 2020 wurden in der Schweiz 181 internationale Verständigungsverfahren abgeschlossen. Die OECD würdigte die Effizienz dieser Verfahren in der Schweiz hinsichtlich der Verrechnungspreise als weltweit führend.

Regulierungsprojekte 2021

Finanzmarktregulierung

Bankengesetz (BankG) und Bankenverordnung (BankV)	Überarbeitete Regeln zur Bankensanierung, Einlagensicherung und Segregierung von Bucheffekten	<u>Gesetz verabschiedet durch das Parlament</u> Inkrafttreten: Anfang 2023
Kollektivanlagengesetz (KAG) und Kollektivanlagenverordnung (KKV)	Schaffung einer neuen, nicht beaufsichtigten Fondskategorie ausschliesslich für qualifizierte Anleger (Limited Qualified Investor Fund; L-QIF)	<u>Gesetz verabschiedet durch das Parlament</u> Inkrafttreten: voraussichtlich im zweiten Quartal 2023
Liquiditätsverordnung (LiqV)	Die Revision soll sicherstellen, dass systemrelevante Banken ausreichend Liquidität halten, um Liquiditätsschocks besser als die übrigen Banken zu absorbieren und den Bedarf auch für eine Sanierung oder Liquidation zu decken	<u>Inkrafttreten:</u> 1.7.2022
Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und Aufsichtsverordnung (AVO)	Teilrevision. Regeln zur Sanierung von Versicherungsunternehmen, Einführung Kundenkategorisierung, Verhaltenspflichten für Versicherungsbranche	<u>Gesetz im Parlament, Verordnung in Ausarbeitung</u> Inkrafttreten: frühestens erste Hälfte 2023
Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	Teilrevision. Ziel: Stärkung der Rechte der Versicherten	<u>Inkrafttreten:</u> 1.1.2022

Geldwäschereibekämpfung

Geldwäschereigesetz (GwG) und Geldwäschereiverordnung (GwV)	Umsetzung Empfehlungen der GAFI. Massnahmen für Finanzintermediäre und die Überwachung und Kontrolle von Edelmetallen (einschliesslich gebrauchter Metalle); Transparenz von Vereinen	<u>Inkrafttreten Gesetz:</u> voraussichtlich Mitte 2022 <u>Vernehmlassung Verordnung:</u> bis 17.1.2022
--	---	--

Steuern

Bundesgesetz und Verordnung über internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIAG/AIAV)	Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum zu den Schweizer AIA-Rechtsgrundlagen	<u>Inkrafttreten Gesetz und Verordnung:</u> 1.1.2021
Bundesgesetz über die Durchführung von internationalen Abkommen im Steuerbereich (StADG)	Totalrevision. Kodifizierung der heutigen Praxis im internationalen Steuerrecht zur Förderung der rechtssicheren Durchführung von Verständigungsverfahren und weiteren Verfahren	<u>Inkrafttreten:</u> 1.1.2022

Digitalisierung

Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register und Mantelverordnung	Anpassungen in 10 Bundesgesetzen, um Rahmenbedingungen für Blockchain und verteilte elektronische Register (Distributed Ledger Technology; DLT) zu verbessern sowie Mantelverordnung mit Ausführungsbestimmungen	<u>Inkrafttreten Gesetz und Verordnung:</u> 1.8.2021
---	--	--